

Moderne Energieversorgung wird Realität

Deutschland geht voran

Das ambitionierte Konzept der christlich-liberalen Koalition zur Beschleunigung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien wird Realität. Am Montag brachten die Koalitionsfraktionen entsprechende Änderungen an acht Gesetzen auf den Weg. Im Mittelpunkt steht dabei eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung.

Die Weichen für einen beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien sind gestellt. Seitdem Mitte März verheerende Naturkatastrophen in Japan auch ein Kernkraftwerk schwer beschädigt hatten, überarbeiteten die Volksvertreter der bürgerlichen Koalition ihr Konzept für die Energieversorgung der Zukunft. Nach weniger als drei Monaten schlug die unionsgeführte Bundesregierung nun Änderungen an acht wichtigen Gesetzen vor. Alle Maßnahmen dienen dem gemeinsamen Ziel einer verlässlichen und wirtschaftlichen Energieversorgung, die außerdem dem Umweltschutz gerecht wird.

Damit knüpft die unionsgeführte Bundesregierung an das Energiekonzept an, das sie im vergangenen Herbst vorgelegt hatte. Bereits damals hatte sie die Kernenergie zur Brückentechnologie erklärt und klar auf eine regenerative Energieversorgung gesetzt. Das Unglück von Fukushima brachte aber neue Erkenntnisse über die Gefahren der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit sich. Die schrecklichen Ereignisse machten unter anderem deutlich, dass ein Reaktorunfall selbst in einem hochentwickelten Industrieland Realität werden kann. In einer vielbeachteten Rede vor dem Deutschen Bundestag bekannte am Donnerstag auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: „Fukushima hat meine Haltung zur Kernenergie verändert“ (siehe auch Seite drei).

Die unionsgeführte Bundesregierung hatte bereits im März die

ältesten Kernkraftwerke vom Netz genommen, um eine intensive Sicherheitsüberprüfung vorzunehmen. Insgesamt acht Reaktoren bleiben nach der Entscheidung der bürgerlichen Koalition dauerhaft abgeschaltet. Die restlichen Kraftwerke werden schrittweise stillgelegt, bis Ende 2022 die letzten Meiler vom Netz genommen werden. Mit dieser mutigen und kraftvollen Entscheidung folgt die Bundesregierung den Empfehlungen der von ihr eingesetzten Ethikkommission, die sich über mehrere Wochen hinweg intensiv beraten hatte. Auch die Wissenschaftler und die Vertreter von Wirtschaft und Gesellschaft in der Ethikkommission hatten letztendlich einen so zügigen Ausstieg aus der Kernenergie klar befürwortet.

Im Gegensatz zum sogenannten Atomausstieg der Regierung Schröder gibt die bürgerliche Koalition klare Abschaltpläne vor. Damit schafft die unionsgeführte

Realismus statt Ideologie

Bundesregierung Planungssicherheit – auch für Investoren, die weitere regenerative Energieprojekte auf den Weg bringen wollen. Ebenfalls im Gegensatz zu Rot-Grün hat die christlich-liberale Koalition einen klaren Fahrplan für den Umstieg erarbeitet. Darin spielen auch die Steigerung der Energieeffizienz und das Energiesparen eine wichtige Rolle. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet Dr. Peter Ramsauer, der als Bauminister oberster Bauherr des Bundes ist. Er sicherte zu, dass die Bundesregierung bei Neubauten und Sanierungen ihrer Gebäude vorbildlich agieren werde.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der lebensgefährliche EHEC-Keim hat Unsicherheit und Ängste ausgelöst. Laut dem Robert-Koch-Institut sind seit Anfang Mai 3.228 Personen an HUS oder EHEC erkrankt, davon starben 37 Personen an HUS oder EHEC. Seit Ende letzter Woche nimmt die tägliche Zahl von Patienten mit blutigem Durchfall kontinuierlich ab. Zudem konnte aufgrund umfassender Untersuchungen Ende letzter Woche zumindest eine Teilentwarnung gegeben werden: Die anfangs unter Verdacht der Keimübertragung geratenen Gurken, Tomaten und Salat können wieder bedenkenlos verzehrt werden. Vorsorglich sollen aber bis auf weiteres Sprossen nicht roh gegessen werden. Die Sprossen sind eine Infektionsquelle, dies haben die Nachforschungen ergeben.



Ich setze mich für eine so früh als mögliche und umfassende Risiko-Information der Bevölkerung ein, weil der Mensch und seine Gesundheit immer an erster Stelle vor wirtschaftlichen Überlegungen stehen müssen. Daher müssen im Fall der Fälle auch sofort Verdachtswarnungen an die Bevölkerung herausgegeben werden, auch mit dem Risiko einer Fehlwarnung. Vorsicht ist immer besser als Nachsicht. Ebenso wie die Verbraucher liegen mir aber auch die Nahrungsmittelhersteller am Herzen, Den Bauern, die ohne eigenes Verschulden jetzt in existenzielle Not geraten sind – obwohl sie ihre Produkte sauber und qualitätsgeprüft produzieren, muß von staatlicher Seite geholfen werden. Beides gehört zusammen: Staatliche Gesundheitsvorsorge mit frühen Warnungen und Hilfe für unschuldig in Existenznot geratene Gemüse-Erzeuger. Auch braucht es eine rasche Manöverkritik: Meldungen der örtlichen Gesundheitsämter an das Robert Koch Institut müssen über Internet erfolgen und nicht mit einer Postkarte mit mehreren Tagen Verzögerung – Gott sei Dank ist jetzt die Umstellung schon durchgesetzt worden.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

Entlastungen in Milliardenhöhe

Papierkram wird weniger

Die christlich-liberale Koalition entlastet Arbeitnehmer und Familien mit Kindern um jährlich 590 Millionen Euro. Am Donnerstag haben Union und FDP ein entsprechendes Gesetz im Bundestag durchgesetzt. Auch alle Unternehmen in Deutschland profitieren von den neuen Regelungen.

Das Steuervereinfachungsgesetz ist beschlossene Sache. Arbeitnehmer, Familien mit Kindern und alle Unternehmer können mit wesentlichen Entlastungen rechnen, die zum Teil sogar rückwirkend in Kraft treten. Neben finanziellen Erleichterungen sieht das Gesetz Vereinfachungen bei der Erstellung der Steuererklärung vor. Damit wird es noch einfacher, die Erklärung selbst auszufüllen.

Bereits für das gesamte laufende Jahr gilt der nun angehobene Arbeitnehmer-Pauschbetrag. Dieser lag bisher bei 920 Euro und wird künftig 1.000 Euro betragen. Dieser Betrag kann von jedem Arbeitnehmer – unabhängig ob er arbeitsplatzbedingte Ausgaben in dieser Höhe hatte oder nicht – pauschal von der

Steuer abgesetzt werden. Er wurde von der Koalition nun um mehr als acht Prozent angehoben; das bedeutet eine jährliche Entlastung in Höhe von 330 Millionen Euro. Der erhöhte Arbeitnehmer-Pauschbetrag macht es für noch mehr Betroffene überflüssig, Belege für die Steuererklärung zu sammeln.

Deutliche Erleichterungen hat die unionsgeführte Bundesregierung auch für Eltern auf den Weg gebracht, die ihre Kinder auf eigene Kosten betreuen lassen. Künftig müssen die Bürgerinnen und Bürger zur Erlangung eines Steuervorteils nicht mehr nachweisen, dass die Betreuung aufgrund von Erwerbstätigkeit, Krankheit oder Behinderung notwendig war. Das bedeutet nicht nur,

dass das entsprechende Formular nicht mehr ausgefüllt werden muss; vielmehr kommen somit auch mehr Familien in den Genuss der steuerlichen Förderung der Betreuung ihrer Kinder. Familien in ganz Deutschland werden somit um weitere 60 Millionen Euro pro Jahr entlastet.

Von einer Vielzahl weiterer Regelungen des Gesetzes profitieren alle Unternehmen in Deutschland. Die von Union und FDP erarbeiteten Änderungen bringen vor allem bürokratische Entlastungen mit sich. So werden etwa elektronische Rechnungen und Papierrechnungen künftig umsatzsteuerlich gleich behandelt. Der Bürokratie-Aufwand für Unternehmen reduziert sich durch das neue Gesetz um rund vier Milliarden Euro.

Diese Woche

Moderne Energieversorgung wird Realität Deutschland geht voran	1
Entlastungen in Milliardenhöhe Papierkram wird weniger	2
20 Jahre Freundschaftsvertrag Vertrauensvolle Partnerschaft	2
Koalition beschleunigt Umstieg Blick in die Zukunft	3
Bundestag fordert weitere Anstrengungen Griechenlands Klarer Kurs für starken Euro	4
Bundestag steht hinter Auslandseinsätzen Deutschland zeigt Verantwortung	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

20 Jahre Freundschaftsvertrag

Vertrauensvolle Partnerschaft

Der Deutsche Bundestag hat der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrags vor 20 Jahren gedacht. Dabei wurde deutlich: Im bilateralen Verhältnis wurde viel erreicht. Zur politischen Freundschaft kam der enge Austausch zwischen den Völkern hinzu.

Der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag von 1991 bleibt auch nach 20 Jahren ein bemerkenswertes historisches Dokument. Unter der Federführung der damaligen Regierungschefs Helmut Kohl und Jan Krzysztof Bielecki hatten die beiden Staaten einen visionären Blick in die Zukunft gewagt. Der Schwerpunkt des Vertrages lag nämlich nicht auf der Vergangenheit, sondern auf der Zukunft: Er enthielt einen Aufruf zum Dialog, zur praktischen Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Gestaltung Europas.

Die Erfolge auf diesem Weg würdigte der Deutsche Bundestag am Freitag in einer ausführlichen Debatte. Dabei fanden nicht nur die guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch der Austausch der Zivilgesellschaften Lob. Besondere Erwähnung fanden die

bewährten Institutionen für das Miteinander zwischen Deutschen und Polen in der Jugendarbeit und in der Wissenschaft. Union, FDP und große Teile der Opposition verabschiedeten einen gemeinsam ausgearbeiteten Antrag, in dem die Bundesregierung in ihrem Kurs gegenüber Polen bestärkt wurde.

Der Antrag anerkennt auch die große Leistung der beiden Völker in der gemeinsamen Bewältigung der Geschichte und der Aussöhnung. In diesem Zusammenhang heißt es unter anderem: „Die Heimatvertriebenen haben sich bei der Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes engagiert und Kontakte nach Polen geknüpft.“ Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hatte sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Vertriebenen in dem Antrag Erwähnung fanden.

Koalition beschleunigt Umstieg

Blick in die Zukunft

Dr. Angela Merkel und Gerda Hasselfeldt präsentierten dem Deutschen Bundestag die Strategie der Koalition für die Energieversorgung von morgen. In ihrer ersten Parlamentsrede als Vorsitzende der CSU-Landesgruppe appellierte Frau Hasselfeldt an das ganze Land, die gemeinsame Kraftanstrengung nicht zu scheuen.

In ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel den Weg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien gewiesen. Schritt für Schritt erläuterte sie den von der unionsgeführten Bundesregierung beschlossenen beschleunigten Umstieg. Dabei betonte Frau Merkel, wie umfassend das Regierungskonzept für die Energieversorgung von morgen sei. Am Montag hatte das Bundeskabinett Änderungen an nicht weniger als acht Gesetzen auf den Weg gebracht. Damit legte die Koalition die Grundlage für einen breiten Wandel der deutschen Energiepolitik. Demnach werden bereits in neun Jahren 35 Prozent des Stromverbrauchs aus regenerativen Energiequellen stammen.

Frau Merkel übte scharfe Kritik an der verantwortungslosen Blockadehaltung der Opposition. Wer für die Erneuerbaren Energien eintrete, könne nicht „eine Protestaktion gegen den Netzausbau nach der anderen starten“. Die christlich-liberale Koalition handelt – ganz im Gegensatz zum oppositionellen Linksbündnis, dessen sogenannter Atomausstieg den notwendigen Umstieg auf regenerative Energien nicht vorbereitete. So erarbeitete Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer einen Gesetzentwurf, der das Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen auf dem Meer vereinfacht.

Auch die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, forderte eine gemeinsame Kraftanstrengung des ganzen Landes. Zu Beginn ihrer vielbeachteten ersten Rede in ihrem neuen Amt nahm sie die SPD in die Pflicht. Deren Redner konnten keine Mängel in der Energiepolitik der Koalition benennen und mussten sich daher damit begnügen, an Grabenkämpfe aus dem vorletzten Jahrzehnt anzuknüpfen. „Wir brauchen aber

den Blick in die Zukunft“, setzte Frau Hasselfeldt dem entgegen. Die Landesgruppen-Vorsitzende hob



Gerda Hasselfeldts erste Rede als Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag stieß im Plenum auf große Zustimmung. Man habe wochenlang um das beste Konzept für die Energieversorgung von morgen gerungen, so Frau Hasselfeldt. Dabei seien Expertenwissen und die Meinungen der Bürger zusammengeführt worden.

hervor, dass es sich hierbei um eine der wichtigsten und schwierigsten Entscheidungen der Koalition handle.

Sie lobte, wie gut es Union und FDP gelungen sei, verschiedene Sichtweisen, Expertenwissen und die Meinung der Bürger miteinander zu bündeln. Man habe wirklich ergebnisoffen um die beste Lösung gerungen. Auch die Entscheidung über das endgültige Ausstiegsdatum sei erst am Schluss, nach Abwägung aller maßgeblichen Fakten, getroffen worden. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe ließ keinen Zweifel daran, dass das energiepolitische Konzept der Koalition tragfähig ist. Substanzlosen Energie-Ideologien erteilte Frau Hasselfeldt dagegen eine klare Absage. Stattdessen erinnerte sie daran, dass die Regierung nicht nur für eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung verantwortlich sei. Vielmehr müssten auch die Kategorien der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit und der Versorgungssicherheit bedacht werden: „Die Energie ist die Lebensader unserer Wirtschaft. Wir können uns keinen Blackout leisten.“

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Planwirtschaft...

Gregor Gysi malt sich die Welt, wie sie ihm gefällt – und natürlich am liebsten in Rostrot. In der Energie-Debatte am Donnerstagmorgen forderte er den vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2014. So realitätsblind sind nicht einmal Trittin und Co. Doch Gysi reicht das nicht: Auch staatlich verordnete Strompreise will er haben. Die DDR lässt grüßen. Man erinnere sich: Das letzte Mal, als die deutschen Kommunisten versucht haben, die Wirtschaft eines Landes zu planen, ist es pleite gegangen und politisch kollabiert. Auch damals trug Gysi übrigens politische Verantwortung in der SED, die heute Die Linke heißt. Ein Grund mehr, alles zu tun, damit diese Partei Deutschland niemals regiert.

...und Pflastersteine

Jürgen Trittin hat nicht nur eine jüngere Vergangenheit als Dosenpfandminister, sondern auch eine ältere als „Häuserkämpfer“ an seinem alten Studienort Göttingen. Seine „Waffe“: die Schreibmaschine. Als dort Ende der 1970er-Jahre Wohnungsnot unter den Studenten herrschte, besetzten „Aktivisten“ ein altes Klinikum – und der (damalige) Nachwuchskommunist Jürgen schrieb mit anderen das 103 Seiten starke Pamphlet „Häuserkampf in Göttingen“. Laut Nachrichtenmagazin Focus steht dort zu lesen: „Solltet Ihr uns räumen wollen, wer'n wir euch den Arsch versohlen... Pflasterstein, Pflasterstein, da wird doch einer locker sein!“ Locker ist bei solchen Sprüchen nur eines: eine Schraube im Kopf.

Bundestag fordert weitere Anstrengungen Griechenlands

Klarer Kurs für starken Euro

Die Politik der christlich-liberalen Koalition gegenüber Griechenland hat zwei klare Ziele: Einerseits muss Athen auf seinem Weg aus der prekären Haushaltskrise beigestanden werden, um die Währungsstabilität zu sichern. Andererseits wird Deutschland zusätzliche Kredite nur dann gewähren, wenn Griechenland noch weitergehende Reformen unternimmt.

Die Bundestagsdebatte zum weiteren Vorgehen der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf Griechenland machte einmal mehr deutlich: Die nachhaltige Stabilisierung der Euro-Zone ist im Interesse Deutschlands und seiner europäischen Partner. Gerade die Bundesrepublik, deren Exporte zu 41 Prozent in die Euro-Zone gehen, hat ein hohes Interesse an einer Stabilisierung der Lage in Griechenland. Klar ist aber auch: Athen hat die Vorgaben, an die die bisherigen Kredite geknüpft waren, nicht vollständig erfüllt. Daher legt die unionsgeführte Bundesregierung besonderen Wert auf eine konkrete Verpflichtung Athens auf weitere Reformen.



Trotz der dringenden Notwendigkeit weiterer Finanzhilfen an Griechenland bleibt die christlich-liberale Koalition hart: Weitere Überbrückungskredite wird sie nur unter strengen Auflagen gewähren. Union und FDP forderten weitere Reformen in Griechenland. Außerdem müssten die hohen Renditen von Investoren in griechische Staatsanleihen beschnitten werden, bevor Deutschland weitere Kredite gewähre.

Vor diesem Hintergrund gab der Deutsche Bundestag der Regierung auf Initiative von Union und FDP

klare Richtlinien für das nächste europäische Gipfeltreffen auf den Weg. Den neuen Finanzhilfen sei nur dann zuzustimmen, wenn der Internationale Währungsfonds weiterhin in die Maßnahmen eingebunden bleibe. Im Sinne einer fairen Lastenteilung fordern Union und FDP eine angemessene Beteiligung privater Gläubiger, die in griechische Staatsanleihen investiert hatten. Von Griechenland verlangt die Koalition ein umfassendes Privatisierungsprogramm; eine Schulderrückführung würde die Zinslast deutlich senken. Außerdem fordert der mit den Stimmen der Union und der FDP angenommene Antrag Griechenland unmissverständlich zu weiteren Reformen auf.

Bundestag steht hinter Auslandseinsätzen

Deutschland zeigt Verantwortung

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstagabend zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert. Die internationalen Missionen im Kosovo und im Libanon brachten in den vergangenen Jahren jeweils wichtige Erfolge mit sich. Auch die Truppenzahlen konnten in beiden Fällen bereits deutlich reduziert werden.

Die Bundeswehr wird sich weiterhin im Kosovo und im Libanon für Frieden und Stabilität engagieren. Das Parlament verlängerte am Donnerstag die beiden Mandate, die jeweils auf UN-Resolutionen zurückgehen. Auf dem Balkan, wo deutsche Soldatinnen und Soldaten seit 1999 in die internationale KFOR integriert sind, sind mittlerweile nur noch insgesamt 5.500 Soldaten im Einsatz. Darunter sind 1.087 deutsche Kräfte. Der Bundestag reduzierte die Obergrenze des KFOR-Mandats um mehr als ein Viertel auf nur noch 1.850 Soldaten. Somit kann der Frieden im Kosovo weiterhin wirksam gesichert werden.



Der Besuch der georgischen Vize-Ministerpräsidentin, Ekaterine Tkeshelashvili (rechts), bei der Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, machte deutlich: Georgien ist ein natürlicher Teil Europas. Frau Tkeshelashvili betonte, dass die Dynamik zwischen der EU und Georgien insbesondere im Rahmen der Östlichen Partnerschaft erhalten bleiben müsse. In der fachlichen Zuständigkeit der Vize-Ministerpräsidentin – hier in Begleitung der georgischen Botschafterin in Deutschland, Gabriela von Habsburg (links) – liegt die Reintegration der abtrünnigen, international nicht anerkannten und nun von russischen Truppen besetzten Gebiete Südossetien und Abchasien. Gerda Hasselfeldt sagte zu, Georgien über die Hanns-Seidel-Stiftung bei der Verbesserung der zwischenmenschlichen Kontakte mit innovativen Ansätzen, die die praktische Zusammenarbeit fördern sollen, behilflich zu sein.

Außerdem verlängerte der Deutsche Bundestag die UNIFIL-Mission im Libanon. Der Deutsche Bundestag entsprach mit seinem Votum dem ausdrücklichen Wunsch der Regierungen des Libanon und Israels, die Deutschland um eine Fortsetzung seiner Präsenz gebeten hatten. Der deutsche Flottenverband vor der Küste des Libanon trägt seit 2006 wesentlich zur Stabilisierung der heiklen sicherheitspolitischen Lage im Nahen Osten bei. Die maximale Truppenstärke des deutschen UNIFIL-Kontingents liegt bei 300 Mann. Diese Zahl betrug ursprünglich 2.400 und wurde zwischenzeitlich mehrmals gesenkt.